Unkenntnis über Finanzfragen erhöht die Ungleichheit in der Gesellschaft

Category: Blog
geschrieben von Gastautor | 27. Januar 2020





Annamaria Lusardi, Professorin für Wirtschaft und Buchhaltung an der George Washington University School of Business: Grosse Wissenslücken

Die NZZaS befragte jüngst die Professorin Annamaria Lusardi, eine Pionierin bei der Erforschung der Finanzkompetenz in der Bevölkerung, über ihre Forschungsergebnisse. Das Fazit ihrer Analysen lautet kurz und bündig, die Mehrheit der Bevölkerung könne einfache Fragen zu Geld, Schulden und Zinsen nicht beantworten. Die drei einfachen gestellten Fragen betrafen die Wirkung von Zins und Zinseszins bei Schulden, den Effekt der Inflation auf das Vermögen und die Diversifikation von Anlagerisiken. Besonders unwissend seien junge und alte Menschen, und Frauen schnitten schlechter ab als Männer (sofern man so etwas heute überhaupt noch sagen oder schreiben darf). Lusardis Forschungen begannen in den USA. Später wurden viele andere Länder einbezogen, so auch die Schweiz. Die Schweiz bewegt sich gemäss Lusardi dabei im oberen Mittelfeld, „aber auch in der Schweiz weist ein grosser Teil der Bevölkerung grosse Wissenslücken auf."

Ungleichheit wird grösser, wenn…

Aus sozialer Sicht besonders problematisch ist die Erkenntnis, dass es auch die wirtschaftlich Schwächsten sind, denen es an Finanzkompetenz fehlt. Das Elternhaus bestimmt weitgehend, über welches Finanzwissen die Schüler

verfügen. Und die normative Folgerung daraus ist klar (Zitat NZZaS): „Wenn wir also in den Schulen Finanzfragen nicht als Basisfächer anbieten, wird dies die Ungleichheit in der Gesellschaft vergrössern.“ Da ich als Nicht-Lehrer kein Experte des Lehrplans 21 bin, ist mir nicht im Detail bekannt, ob Finanzkompetenz zu den zu vermittelnden Kompetenzen gehört. Ich nehme aber an, dass die Aufnahme von Finanzwissen in die PISA-Studien doch einen Effekt gehabt hat. Gemäss Lusardi haben in den USA jene Schulen in Finanzkompetenz gut abgeschnitten, in denen das Fach obligatorisch war und die dafür kompetente Lehrkräfte einstellten.



Dr. Hans Rentsch, Liberaler, Verwaltungsrat und Buchautor: Fehlendes Wissen führt zu falschen Entscheidungen.

Fehlendes Wissen führt zu schlechten politischen Entscheidungen

Als bekennendem Skeptiker von zuviel direkter Demokratie (Begründungen dazu in meinem Buch „Wie viel direkte Demokratie verträgt die Schweiz?“/NZZ Libro) erschien mir eine allgemeine politische Folgerung von Lusardi besonders wichtig und einleuchtend: Fehlendes Wissen über Fakten und Zusammenhänge führt zu schlechten politischen Entscheidungen und begünstigt Krisen. Man könnte diese Einsicht nun ausgiebig an den Beispielen von zwei noch verdrängten einheimischen Krisenrisiken, nämlich der schweizerischen Strom-/Energiegesetzgebung und der Altersvorsorge, untermauern. Das hat an dieser Stelle jedoch keinen Platz. Immerhin sei noch einmal Lusardi aus dem Interview

in der NZZaS zitiert, die betreffend Altersvorsorge Australien und Neuseeland positiv erwähnt. Diese beiden Länder hätten ihre Rentensysteme reformiert, und sie unternähmen im Zuge dieser Reformen einiges dafür, dass die Bevölkerung ein besseres finanzielles Wissen erlange. Das ist in Sachen „der Bevölkerung reinen Wein einschenken“ ziemlich das Gegenteil dessen, was wir von Bundesrat und Sozialminister Alain Berset in ritueller Wiederholung zu hören bekommen: Eine Erhöhung des Rentenalters ist in der Schweiz nicht mehrheitsfähig. Da bleibt also den Schulen noch viel Bildungsarbeit zu tun. Allerdings drängt die Zeit.